



Niederschrift

über die 20. Sitzung – Wahlperiode 2020/2025 –
des Rates
der Gemeinde Niederkrüchten

Verhandelt: Niederkrüchten, den 7. Februar 2023

Sitzungsort: Rathaus in Elmpt, Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:06 Uhr

Anwesend sind:

1. Bürgermeister Wassong, Karl-Heinz
2. Ratsmitglied Coenen, Bernd
3. Ratsmitglied Coenen, Theodor
4. Ratsmitglied Consoir, Wilhelm
5. Ratsmitglied Degenhardt, Anja
6. Ratsmitglied Ebbers, Monica
7. Ratsmitglied Fackler, Martin
8. Ratsmitglied Faßbender, Maik
9. Ratsmitglied Goertz, Marco
10. Ratsmitglied Haese, Detlef
11. Ratsmitglied Heinrichs, Markus
12. Ratsmitglied Kelle, Michael
13. Ratsmitglied Lasenga, Jürgen
14. Ratsmitglied Mankau, Wilhelm
15. Ratsmitglied Meisel, Iris
16. Ratsmitglied Michiels, Walter
17. Ratsmitglied Niggemeyer, Thomas
18. Ratsmitglied Otto, Michael
19. Ratsmitglied Polmans, Matthias
20. Ratsmitglied Rothe, Claudia
21. Ratsmitglied Siegers, Beate

22. Ratsmitglied Stoltze, Jörg
23. Ratsmitglied Szallies, Christoph
24. Ratsmitglied Wahlenberg, Johannes
25. Ratsmitglied Wallrafen, Heinz
26. Ratsmitglied Wallrafen, Paul Gerd
27. Ratsmitglied Walter, Erwin
28. Ratsmitglied Walter, Klaus
29. Ratsmitglied Wochnik, Florian
30. Ratsmitglied Zilz, Dirk
31. Ratsmitglied Zilz-Rombey, Susanne

Seitens der Verwaltung:

1. Schippers, Hermann-Josef
2. Schrievers, Marie-Luise
3. Hinsen, Tobias
4. Gilleßen, Ursula

Auf besondere Einladung:

./.

Es fehlt/Es fehlen:

1. Ratsmitglied Gumbel, Lars
2. Ratsmitglied Tekolf, Michael
3. Ratsmitglied van de Weyer, Bernd
4. Ratsmitglied van de Weyer, Sebastian

Öffentlicher Teil

- | | |
|---|-------------------------------|
| 1) Fragestunde für Einwohner | |
| 2) Wahl der/des ersten stellvertretenden Bürgermeisterin/-meisters | 541-2020/2025 |
| 3) Wahl der/des zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin/-meisters | 542-2020/2025 |
| 4) Haushaltssatzung für das Jahr 2023 | 534-2020/2025
1. Ergänzung |
| 5) Bericht zum Haushalt | 533-2020/2025 |
| 6) Bekanntgabe der Niederschrift über die öffentliche 10. Sitzung –
Wahlperiode 2020/2025 – des Ausschusses für Planung, Verkehr
und Grundstücksangelegenheiten vom 14. Dezember 2022 | 537-2020/2025 |
| 7) Bekanntgabe der Niederschrift über den öffentlichen Teil der
17. Sitzung – Wahlperiode 2020/2025 – des Haupt- und Finanzaus-
schusses vom 24. Januar 2023 | 538-2020/2025 |
| 8) Mitteilungen des Bürgermeisters | |

Bürgermeister Wassong eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einberufung zu dieser Sitzung durch Einladung vom 31. Januar 2023 ordnungsgemäß erfolgt und der Rat der Gemeinde Niederkrüchten beschlussfähig ist.

Öffentlicher Teil

1) Fragestunde für Einwohner

./.

2) Wahl der/des ersten stellvertretenden Bürgermeisterin/-meisters

541-2020/2025

Sachverhalt:

In der Sitzung des Rates am 3. November 2020 wurden Herr Michael Tekolf zum ersten stellvertretenden Bürgermeister, Frau Beate Siegers zur zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin und Herr Marco Goertz zum dritten stellvertretenden Bürgermeister gewählt. Mit Schreiben vom 14. Dezember 2022 erklärte Herr Michael Tekolf, dass er mit Ablauf des 31. Dezember 2022 von diesem Amt zurücktrete.

Scheidet ein stellvertretender Bürgermeister während der Wahlperiode aus, ist gemäß § 67 Absatz 2 Satz 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) der Nachfolger für den Rest der Wahlperiode ohne Aussprache in geheimer Abstimmung nach § 50 Absatz 2 GO NRW zu wählen. Das Wahlverfahren gemäß § 50 Absatz 2 stellt eine Mehrheitswahl dar.

Das Nachwahlverfahren unterscheidet sich somit grundlegend von der Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters in der konstituierenden Ratssitzung; denn diese Wahl erfolgte gemäß § 67 Absatz 2 Sätze 1 bis 6 GO NRW nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang.

§ 67 Absatz 2 Satz 7 GO NRW schreibt nicht vor, wann die Nachwahl erfolgen muss. Im Interesse der Funktionsfähigkeit sollte der Rat die Nachwahl jedoch baldmöglichst durchführen. Die Wahl erfolgt ohne Aussprache und in geheimer Abstimmung.

Gemäß § 50 Absatz 2 Sätze 2 bis 6 GO NRW ist die vorgeschlagene Person gewählt, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Nein-Stimmen gelten als gültige Stimmen. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der Stimmen, so findet zwischen den Personen, welche die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht haben, eine engere Wahl statt. Gewählt ist, wer in dieser engeren Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Gemäß § 50 Absatz 5 GO NRW zählen bei Beschlüssen und Wahlen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlussfähigkeit, nicht aber zur Be-

rechnung der Mehrheit mit.

Grundlage einer Wahl sind ein bis mehrere bestimmte Wahlvorschläge; jeder Wahlvorschlag beinhaltet dabei eine Person. Eine Auswahl aus mehreren Bewerbern ist dabei nicht zwingend notwendig, so dass auch das Vorliegen nur eines Wahlvorschlags für die Durchführung eines Wahlverfahrens genügt.

Entsprechend der Anzahl der eingereichten Wahlvorschläge beinhaltet der Stimmzettel die Möglichkeit zur Stimmabgabe für einen der eingereichten Wahlvorschläge, zur Abstimmung mit Nein sowie zur Enthaltung.

Vor der Abstimmung wird der Bürgermeister die abgegebenen Wahlvorschläge bekanntgeben und um Benennung von Stimmzählern bitten.

Der Bürgermeister stimmt bei der Wahl mit ab. Ebenso sind die Personen, die für die Wahl vorgeschlagen wurden, stimmberechtigt, da das Mitwirkungsverbot des § 31 GO NRW bei Wahlen in ein Ehrenamt nicht gilt. Jede stimmberechtigte Person hat eine Stimme.

Anschließend wird die gewählte Person vom Bürgermeister gemäß § 67 Absatz 3 GO NRW in ihr Amt eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Wassong bittet um Wahlvorschläge.

Ratsmitglied Degenhardt schlägt seitens der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion Ratsmitglied Beate Siegers vor.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht eingebracht.

Zu Stimmzählern werden die Ratsmitglieder Meisel und Stoltze benannt und einstimmig vom Rat bestätigt.

Es erfolgen die geheime Abstimmung sowie die Stimmauszählung durch die Stimmzähler.

Bürgermeister Wassong gibt das Abstimmungsergebnis bekannt:

28 Stimmen entfielen auf den Wahlvorschlag „Beate Siegers“; es gab 2 Nein-Stimmen sowie 1 Stimmenthaltung

Bürgermeister Wassong stellt fest, dass somit Ratsmitglied Beate Siegers zur ersten stellvertretenden Bürgermeisterin gewählt wurde.

Auf Befragen von Bürgermeister Wassong, ob sie die Wahl annehme, erklärt Ratsmitglied Siegers, dass sie ihr Amt als zweite stellvertretende Bürgermeisterin mit sofortiger Wirkung niederlege und die Wahl zur ersten stellvertretenden Bürgermeisterin annehme.

Bürgermeister Wassong führt die neue erste stellvertretende Bürgermeisterin Siegers in ihr Amt ein, verpflichtet sie in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben und gratuliert ihr zu ihrem neuen Amt.

3) Wahl der/des zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin/-meisters 542-2020/2025

Sachverhalt:

In der Sitzung des Rates am 3. November 2020 wurden Herr Michael Tekolf zum ersten stellvertretenden Bürgermeister, Frau Beate Siegers zur zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin und Herr Marco Goertz zum dritten stellvertretenden Bürgermeister gewählt. Mit Schreiben vom 14. Dezember 2022 erklärte Herr Michael Tekolf, dass er mit Ablauf des 31. Dezember 2022 von diesem Amt zurücktrete.

Mit Schreiben vom 27. Januar 2023 beantragte die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion für die heutige Sitzung des Rates die vorsorgliche Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Wahl der/des zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin/-meisters“. Die weiteren Details sind dem der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Antrag zu entnehmen.

Das Verfahren zur Nachwahl ist in der Sitzungsvorlage 541-2020/2025, Tagesordnungspunkt 2, erläutert.

Ratsmitglied Siegers wurde in der heutigen Sitzung zur ersten stellvertretenden Bürgermeisterin gewählt. Das bisher von ihr wahrgenommene Amt der zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin legte sie nach der Wahl und mit sofortiger Wirkung nieder, so

dass die Nachwahl der/des zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin/-meisters vorgenommen werden kann.

Beratungsverlauf:

Bürgermeister Wassong bittet um Wahlvorschläge.

Ratsmitglied Wahlenberg schlägt seitens der CDU-Fraktion Ratsmitglied Heinz Wallrafen vor.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht eingebracht.

Zu Stimmzählern werden die Ratsmitglieder Meisel und Stoltze benannt und einstimmig vom Rat bestätigt.

Es erfolgen die geheime Abstimmung sowie die Stimmauszählung durch die Stimmzähler.

Bürgermeister Wassong gibt das Abstimmungsergebnis bekannt:

25 Stimmen entfielen auf den Wahlvorschlag „Heinz Wallrafen“; es gab 3 Nein-Stimmen sowie 2 Stimmenthaltungen, eine Stimme war ungültig.

Bürgermeister Wassong stellt fest, dass somit Ratsmitglied Heinz Wallrafen zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister gewählt wurde.

Auf Befragen von Bürgermeister Wassong erklärt Ratsmitglied Wallrafen, dass er die Wahl zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister annehme.

Bürgermeister Wassong führt den neuen zweiten stellvertretenden Bürgermeister Wallrafen in sein Amt ein, verpflichtet ihn in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben und gratuliert ihm zu seinem neuen Amt.

Sachverhalt:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 ist dem Rat gemäß § 80 Abs. 2 GO NRW in der Sitzung des Rates am 13. Dezember 2022 zugeleitet worden. Dieser Entwurf der Haushaltssatzung ist im Amtsblatt am 8. Dezember 2022 bekanntgemacht worden und konnte seit dem 14. Dezember 2022 während der Dauer des Beratungsverfahrens eingesehen werden.

Seitens der Einwohner oder Abgabepflichtigen konnten innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen nach Beginn der Auslegung Einwendungen erhoben werden, über die der Rat dann in öffentlicher Sitzung zu entscheiden hat. Solche Einwendungen liegen nicht vor.

Die Kernpunkte und eine Zusammenfassung des Haushaltes 2023 sind von der Kämmerin bei der Einbringung vorgestellt und erläutert worden, sodass diese Ausführungen in das Beratungsverfahren einbezogen werden können.

Der Sitzungsvorlage ist der aktualisierte Entwurf des Haushaltes 2023 beigefügt:

- Während der Haushaltsberatungen ist aufgefallen, dass Anlage 2 der Sitzungsvorlage (S. 390) korrigiert werden musste.
- Weitere Änderungen ergeben sich auf folgenden Seiten:
 - S. XII Vorbericht – vorletzter Absatz
 - S. 42 Auszug aus dem Stellenplan zum Bauhof 01 01 05
 - S. 328 Auszug aus dem Stellenplan zum Produkt 13 01 02 (vorher fehlende Zeile)
 - S. 383, 385, 387 und 388 Stellenplan (Herausnahme 1 Stelle im Bauhof)

Beratungsverlauf:

Die Ratsmitglieder Degenhardt für die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion, Wahlenberg für die CDU-Fraktion, Mankau für die SPD-Fraktion, Fackler für die NWG-Fraktion und Rothe für die FDP-Fraktion halten ihre Etatreden, die der Niederschrift als Anlagen beigefügt sind.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit ihren Anlagen wird entsprechend dem der Sitzungsvorlage beiliegenden Entwurf einschließlich aller Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimme(n), 10 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)

Fraktionen / fraktionslose Rats- mitglieder	Ja-Stimme(n)	Gegenstimme(n)	Enthaltung(en)
Bündnis 90/Die Grünen		9	
CDU	8		
SPD	6		
NWG			4
FDP	2		
CWG			
Thomas Niggemeyer		1	
Bürgermeister	1		

Anlage(n):

1. Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion – Haushaltsrede 2023
2. CDU-Fraktion – Haushaltsrede 2023
3. SPD-Fraktion – Haushaltsrede 2023
4. NWG-Fraktion – Haushaltsrede 2023
5. FDP-Fraktion – Haushaltsrede 2023

5) Bericht zum Haushalt

533-2020/2025

Sachverhalt:

Gemäß § 2 Abs. 2 des "Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG)" besteht die Verpflichtung der Kämmerinnen und Kämmerer, dem Rat vierteljährlich über die finanzielle Lage zu berichten.

Beratungsverlauf:

Kämmerin Schrievers berichtet dem Rat über die finanzielle Lage der Gemeinde Niederkrüchten. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Anlage(n):

1. Haushaltsbericht

- 6) Bekanntgabe der Niederschrift über die öffentliche 10. Sitzung – 537-2020/2025
Wahlperiode 2020/2025 – des Ausschusses für Planung, Verkehr
und Grundstücksangelegenheiten vom 14. Dezember 2022

Sachverhalt:

Die Niederschrift über die öffentliche 10. Sitzung – Wahlperiode 2020/2025 – des Ausschusses für Planung, Verkehr und Grundstücksangelegenheiten vom 14. Dezember 2022 wird bekanntgegeben.

Beratungsverlauf:

./.

Kenntnisnahme:

Die Niederschrift zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 wird zur Kenntnis genommen.

- 7) Bekanntgabe der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 538-2020/2025
17. Sitzung – Wahlperiode 2020/2025 – des Haupt- und Finanzaus-
schusses vom 24. Januar 2023

Sachverhalt:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung – Wahlperiode 2020/2025 – des Haupt- und Finanzausschusses vom 24. Januar 2023 wird bekanntgegeben.

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt 1 stand gesondert zur heutigen Tagesordnung des Rates.

Kenntnisnahme:

Die Niederschrift zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4 wird zur Kenntnis genommen.

8) Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wassong teilt mit, dass das Bürgerhaus ab dem 1. Mai 2023 den Schulen und Vereinen wieder zur Verfügung stehen wird.

Bürgermeister Wassong schließt die Sitzung.

gez. Wassong
Bürgermeister

gez. Gilleßen
Schriftführerin

Haushaltsrede der Fraktion B90/DIE GRÜNEN Niederkrüchten
Zum Haushalt 2023
Anja Degenhardt, Fraktionsvorsitzende
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kämmerin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vorab noch einmal vielen Dank an Frau Schrievers sowie Ihre Kolleginnen und Kollegen für die Erstellung des Haushalts und auch an den Bürgermeister sowie Herrn Schippers für die sich anschließenden Beratungen.

Frau Schrievers, Sie haben uns bereits im Vorwort Ihrer Einbringung des Haushalts eine Auflistung der zahlreichen Krisen, denen der Haushalt mittlerweile standzuhalten hat, gegeben.

Corona, Krieg in Europa, Inflation, Flüchtlingswelle, Energie- und Baukostenexplosion haben Sie benannt. Ergänzen möchte ich, Klimawandel und Klimafolgenanpassung, zwei Faktoren, die sicherlich zukünftig auch finanziell noch deutlich zu Buche schlagen werden.

Entsprechend gilt es, den Haushalt mit Augenmaß aufzustellen.

Vollkommen unverständlich ist es da aus unserer Sicht, dass im Haushalt nach wie vor Kosten für die Planung eines interkommunalen Bades zu finden sind.

Die Verwaltung musste diese Kosten aufführen, denn so ist die aktuelle Beschlusslage des Rates.

Daher appelliere ich auch hier erneut an das Augenmaß der Kolleginnen und Kollegen.

Es hat im vergangenen Jahr einen eindeutigen Entscheid der Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt des Freibades in Niederkrüchten gegeben, und mittlerweile haben wir auch hochofreulich eine Zusage über Fördermittel des Bundes in Höhe von 2,8 Mio. Die meisten Bürgerentscheide scheitern im Übrigen am zu erreichenden Quorum. Dieses wurde in Niederkrüchten deutlich überschritten, und ich bin sehr froh darüber, dass sich die Menschen in unserer Gemeinde noch interessieren und engagieren.

Diese Entscheidung sollte jetzt wirklich auch der Letzte endgültig akzeptieren!

Unsere Aufgabe besteht nun darin, über die Umsetzung des Bürgerentscheides hinaus Lösungen für das Schul- und Vereinsschwimmen zu finden. Das sollten wir nüchtern und ergebnisoffen im Rahmen unserer Möglichkeiten tun.

Ein weiterer großer Kostenfaktor bei den Investitionen in diesem Haushalt sind die neu zu errichtenden Unterkünfte für geflüchtete Menschen.

Das dies notwendig ist, ist ohne Frage eine Tragödie! Den grauenhaften Krieg gegen die Ukraine können wir täglich live im Fernsehen mitverfolgen. Der Verursacher ist eindeutig und die Solidarität und Hilfsbereitschaft ist entsprechend groß.

Leider ist aber klar, dass auch im Falle des Friedens in der Ukraine viele Menschen weiterhin gezwungen sein werden aus Ihrer Heimat zu flüchten. Die Ursachen hierfür werden allerdings diffiziler. Nach den Prognosen des UNO Flüchtlingswerks werden die Folgen des Klimawandels zur Hauptursache für Flucht. Länder werden schlicht nicht mehr bewohnbar sein und es wird Kämpfe um Ressourcen geben. **Der** Verursacher ist in diesem Fall nicht so eindeutig festzustellen und in jedem Fall sind wir durch unser Verhalten jetzt und in den vergangenen Jahrzehnten mitschuldig. Grund genug, jede Entscheidung, die wir hier im Kleinen treffen, auch immer auf Ihre Auswirkung aufs große Ganze zu hinterfragen.

Bereits in meiner Rede 2021 habe ich den Industriepark (und ich spreche jetzt ausdrücklich nicht über den Energiepark) als Niederkrüchtens größte ökologische Katastrophe bezeichnet und die Frage gestellt, was denn unsere Bürgerinnen und Bürger davon haben? Nun, da zumindest für den ersten Teil der

Bebauungsplan aufgestellt wird, können wir aus den Gutachten so einiges erfahren. 94ha umfasst dieses erste Plangebiet und **nur** 80% werden versiegelt. Das bedeutet dann also 752.000m² Beton und Asphalt. Der prognostizierte werktägliche Neuverkehr liegt bei rund 7000 PKW und 4400 LKW. Davon ausgehend, dass diese mit An-/Abfahrt, Parken, Rangieren ca. 5km auf dem Gelände zurücklegen, werden alleine vor Ort nur durch den Verkehr täglich ca. 22,5t CO₂ausgestoßen sowie 34kg Reifenabrieb verursacht. Diese Werte beziehen sich wie gesagt nur auf den **ersten** Teil der Gesamtfläche. Warum aber wird der Plan nicht für das gesamte Gebiet aufgestellt? Erste Vermutungen der Salami Taktik liegen sicher nah. Der Fachbereichsleiter erläuterte, dass sich die Planung an der Leistungsfähigkeit des bestehenden Autobahnanschlusses ausrichtet.

Das sagt schon alles und ist definitiv aus der Zeit gefallen.

Das ist den Niederkrüchtenern also sicher. Aber was sind die positiven Effekte?

Möglicherweise, irgendwann ein erhöhtes Steueraufkommen. Das lässt sich aber gegenwärtig nicht seriös schätzen, ist auch die eigene Aussage des Investors und sicherlich richtig.

Auch als positiv werden häufig Arbeitsplätze genannt.

Wenn ich mir den Bericht zum Fachkräftemangel ansehe und den Ausführungen des Bundesarbeitsministers Heil vertraue, benötigen wir zukünftig jährlich 400.000 Zuwanderer nur um den Status Quo zu halten. Wie genau man da als Mitglied des Gemeinderates Niederkrüchten auf die Idee kommen kann wir müssten dringend Arbeitsplätze schaffen, erschließt sich mir nicht.

Die Verwaltung hat diese Problematik erkannt und weist daher zur Attraktivitätssteigerung Erhöhungen in den Personalaufwendungen aus. Das ist sicherlich richtig, und sehr erfreulich ist auch festzustellen, dass es gelungen ist im vergangenen Jahr zum 01.08. eine Fördermittelmanagerin sowie zum 01.12. eine Klimaschutzmanagerin einzustellen. Auch für die von uns beantragte Stelle für einen Sozialarbeiter/Sozialarbeiterin ist die Besetzung sehr kurzfristig gelungen. Der „Arbeitgeber Gemeinde Niederkrüchten“ ist im Vergleich gut aufgestellt.

Das Mobilitätskonzept, welches im vergangenen Jahr fertiggestellt wurde und einen deutlichen Schwerpunkt auf klimaschonenden Verkehr setzt, ist nun zur sukzessiven Umsetzung mit 250.000€ p.a. im Haushalt berücksichtigt.

Für die von uns seit Jahren aufgezeigte Einnahmequelle „Windkraftanlagen auf Gemeinde eigenen Flächen“ gibt es nun zumindest einen Auftrag zur Erstellung eines Grobkonzeptes.

Unsere Fraktion könnte also durchaus den meisten Punkten dieses Haushaltsplanes zustimmen, aber bedauerlicherweise ist es nicht möglich, einzelne Positionen des Haushalts abzulehnen.

Wir halten es für Verantwortungslos gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, in der aktuellen Situation unsere Zustimmung zu **weiteren** 100.000€ für die Planungen des Interkommunalen Bades in 2023 zu geben. Auch der in der mittelfristigen Finanzplanung in Ansatz gebrachte Investitionsanteil in Höhe von 6,2 Mio.€ zum Bau desselben, wird keinesfalls zu halten sein.

Daher werden wir diesem Haushalt heute nicht zustimmen.

Zum Ende erlaube ich mir trotzdem noch das traditionelle Zitat:

„Wir hätten wenig erreicht, wenn die Menschen in Zukunft nicht mehr durch Kriege, sondern durch Umweltkatastrophen in ihrer Existenz bedroht würden.

Umweltschutz ist daher immer auch verlängerte Friedenspolitik“

Willi Brandt, **1972**

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Haushaltsrede 2023

Ratssitzung am 07.02.2023

Johannes Wahlenberg

Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Niederkrüchten

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir entscheiden hier und heute über die Haushaltssatzung 2023. Die CDU teilt die Einschätzung mancher hier im Sitzungssaal, die Probleme damit haben, dem vorliegenden Etatentwurf uneingeschränkt zuzustimmen. Auch uns fällt das in diesem Jahr besonders schwer. Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, nenne ich die wesentlichen Gründe dafür.

Es gibt ein paar Maßstäbe, mit denen man den Zustand der Finanzen der eigenen Kommune messen kann. Das galt schon in der „alten“ Kameralistik und gilt nun auch in der „neuen“ Doppik. Zu diesen Maßstäben zählen: ein ausgeglichener Haushalt, das Verschuldungsvolumen, das Hebesatzniveau und die Personalintensität.

Während mit dem Deckblatt des vorausgegangenen Haushalts noch das Motto „50 Jahre Niederkrüchten - natürlich mit Perspektive“ aufgegriffen wurde, stellen wir heute fest, dass die Perspektiven der Gemeinde in den nächsten Jahren – zumindest was die Finanzen angeht – nicht gerade rosig sind.

Warum ist das so? In diesem und auch in den nächsten Jahren sind wir vom gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich weit entfernt.

Stellt man den ordentlichen Aufwendungen die ordentlichen Erträge gegenüber, dann ergibt das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Minus von 4,5 Mio. Euro. Bereinigt um die Isolierung der Belastungen aus der COVID-19-Pandemie und

den Folgen des Ukrainekriegs auf den Haushalt beläuft sich der Jahresverlust in diesem Jahr auf rund 2,6 Mio. Euro. Er steigert sich im kommenden Jahr sogar auf rund 3,6 Mio. Euro. Auch für 2025 und 2026 weist die mittelfristige Finanzplanung ein Defizit von rund 2,3 und 2,5 Mio. Euro aus. Vergleicht man das mit dem operativen Ergebnis eines Unternehmens, dann müsste man feststellen: „Der Weg in die Insolvenz zeichnet sich ab.“

Es gehört zu den Zielen der CDU, dass die Gemeinde ihre Aufgaben erfüllt, ohne über ihre Verhältnisse zu leben. Der Haushalt soll stabil gehalten und durch sparsame Haushaltsführung sollen zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger vermieden werden. Um den Haushalt aus eigener Kraft zu festigen und sich diesen Zielen wieder zu nähern, legen wir dem Rat dringend nahe, wie in der vorangegangenen Wahlperiode 2014 – 2020 schon einmal praktiziert, eine „Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung“ einzusetzen. Wegen der permanenten Unterfinanzierung der Haushalte kommen wir nicht umhin, Konsolidierung als Daueraufgabe zu begreifen.

Ebenfalls negativ sieht es mit dem Verschuldungsvolumen aus. Die neuen Schulden in Höhe von 2 Mio. Euro in diesem Jahr sind hinnehmbar, weil ihnen Investitionen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden von rund 3,4 Mio. Euro und für den Grundstückserwerb im Rahmen des Baulandmanagements in Höhe 3,3 Mio. Euro gegenüberstehen. Anders sieht es im Finanzplanungszeitraum 2023 – 2026 aus. In den Jahren ist ein enormes Schuldenwachstum zu verzeichnen. Der Zuwachs wird 2024 12 Mio. Euro, 2025 9 Mio. Euro und 2026 9,5 Mio. Euro betragen. Die CDU wird diese Schuldenentwicklung nicht mittragen. Den Haushalten der nächsten Jahre werden wir nur dann zustimmen, wenn sich an den vorgesehenen historisch hohen Kreditaufnahmen etwas ändert.

Kommen wir zum Hebesatzniveau. Die Steuerhebesätze für die Grundsteuer A und für die Gewerbesteuer bleiben unverändert. Der Hebesatz für die Grundsteuer B steigt dagegen in diesem Jahr um 9,5 % auf 493 v. H. Gerade in Zeiten, in denen die privaten Haushalte bei sinkenden Realeinkommen mehr Geld für Lebensmittel, Miete und Energie ausgeben müssen, sehen wir diese Steuererhöhung sehr kritisch. Angesichts der hohen Haushaltsdefizite ist die Steuererhöhung aber – das sehen auch wir ein - unumgänglich. Durch die Ertragsverbesserung in Höhe von 275 Tsd. Euro

ist die Gemeinde in der Lage, im gewohnten Umfang ihre Aufgaben zu erfüllen und ihre Leistungen zu erbringen. Aber eines möchte ich deutlich sagen. Die CDU lehnt es ab, in Zukunft wegen einer negativen Finanzentwicklung weiter an der Steuer-schraube zu drehen.

Die Personalaufwendungen belaufen sich auf 10,6 Mio. Euro. Tendenz in den nächst-ten Jahren weiter steigend! Neue Aufgaben ziehen Personalaufstockungen nach sich, z. B. Klimaschutz, Flüchtlingsunterbringung und -betreuung, Digitalisierung oder Identifizierung und Nutzung von Fördertöpfen. Die Personalaufwandsquote be-trägt 25,7 %. Die Quote ist eine der wichtigsten Kennzahlen für interkommunale Ver-gleiche. Uns fehlt aber ein Vergleich mit Gemeinden gleicher Größenordnung, Be-siedlungsdichte und Organisationsstruktur. Erfolgreiche Unternehmen werden heut-zutage üblicherweise über Kennzahlen gesteuert. Sie liefern der Führungsebene, den Mitarbeitenden und Dritten verdichtete Informationen etwa zur Vermögenslage, dem Auftragsvolumen oder der Schuldensituation.

Obwohl sich in der neuen Welt der Doppik analog zur Vorgehensweise von Unter-nehmen die Bildung von Kennzahlensystemen anbietet, verfügen wir als kommunal-politisch Verantwortliche nicht oder noch nicht über ausreichende Kennzahlen. Und das, obwohl sie ein wichtiges Planungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrument sind. Neben der Sachaufwandsquote erleichtern die Eigenkapital- und Fremdkapitalquote, die Anlagenintensität sowie die Steuer- und Zuwendungsquote die Beurteilung der Finanzlage. Die CDU bittet dies bei künftigen Haushaltsplanungen zu berücksichti-gen.

Trotz steigender Personalaufwendungen hält die CDU es für notwendig, neben tarif-lich Beschäftigten bedarfsgerecht auch Beamtinnen und Beamte auszubilden, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Kann die Gemeinde die Ausbildung alleine nicht leis-ten, dann sollte dies interkommunal, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Kreis, erfolgen.

Die negative Haushaltsentwicklung trifft uns zu einer Zeit, in der wir vor einer Reihe großer Herausforderungen stehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns auf die wich-tigsten Prioritäten konzentrieren, um unsere Gemeinde voranzubringen.

Oberstes Ziel für die CDU ist es, die Herausforderungen aus dem „Masterplan Wohnen“ zur Schaffung notwendigen Wohnraums zu meistern. Nicht minder wichtig ist gegenwärtig die Beschaffung von Wohnraum für Flüchtlinge. Fraglich ist, ob 20 Mobilwohnheime zur Unterbringung von insgesamt 120 Flüchtlingen ausreichen oder nur ein erster Schritt sind. Für vordringlich halten wir auch die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, Maßnahmen an Feuerwehrgerätehäusern sowie die Ausrüstung der Feuerwehr. Ebenso die Verbesserungen an und in Kindergärten und Schulen. Außerdem dürfen Investitionen in die Infrastruktur, wie die schrittweise Umsetzung des Mobilitätskonzepts, der Vollausbau und die Sanierung von Straßen sowie der Ausbau von Abwasserbeseitigungsanlagen nicht vernachlässigt werden. Zwangsläufig beschäftigen müssen wird sich die Gemeinde in Zukunft auch mit der Erweiterung der bestehenden Gruppenkläranlage.

Wir müssen sicherstellen, dass wir genügend Mittel bereitstellen, um all diese Herausforderungen zu bewältigen. Für die CDU passt es nicht ins Bild, wenn im Finanzplanungszeitraum insgesamt 11 Mio. Euro in Bäder investiert werden sollen. Klar, das entspricht den zurzeit geltenden Beschlüssen des Rates. Aber Beschlüsse muss man ändern, wenn es neue Erkenntnisse gibt. Ich stelle ausdrücklich klar: Die Sanierung des Freibads ist gesetzt und wird in den nächsten Jahren realisiert. Damit entsprechen wir dem Bürgerwillen.

Anders verhält es sich mit dem interkommunalen Bad. Die CDU hält an ihrem Standpunkt fest, dass dessen Bau und Betrieb neben der Sanierung und dem Betrieb des Freibads die Leistungsfähigkeit der Gemeinde übersteigt. Deshalb muss dringend nach einer Alternative gesucht werden, durch die das Schwimmen – insbesondere das Schulschwimmen - außerhalb der Freibadsaison ermöglicht werden kann. Dabei kann und muss weiter über Gemeindegrenzen hinaus gedacht werden. Schwimmen bietet sich nach unserer Überzeugung weiter als Feld für interkommunale Zusammenarbeit an.

Auch wenn die CDU der Haushaltssatzung 2023 heute zustimmt. Investitionen in Bäder in der in den Jahren 2024 – 2026 veranschlagten Höhe wird die CDU nicht mittragen! Es müssen andere Lösungen gefunden werden.

Abschließend möchte ich betonen, dass wir uns auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den im Rat vertretenen Fraktionen und zwischen Rat und Verwaltung konzentrieren müssen, um unsere Ziele zu erreichen. Indem wir gemeinsam arbeiten, können wir sicherstellen, dass unsere Gemeinde auf einen erfolgreichen und prosperierenden Pfad gebracht wird.

Das gilt insbesondere für die Entwicklung des Javelin-Parks in Elmpt und die Erzeugung erneuerbarer Energien auf dem Gelände des ehemaligen Militärflughafens. Das sind die größten Chancen für die Gemeinde. Wer ein grünes Grenzland fordert, muss sich vergegenwärtigen, dass von der insgesamt 882 ha großen Liegenschaft künftig nur rund 150 ha als Gewerbe- und Industriegebiet genutzt werden, ein Bereich, der auch während der militärischen Nutzung des Areals bebaut, versiegelt und nicht frei zugänglich war. 255 ha stehen schon jetzt als nationales Naturerbe unter einem besonderen Schutz, 80 ha werden als Golfplatz genutzt und weitere Flächen dienen als Ausgleichsflächen und der Erweiterung des angrenzenden Vogelschutzgebietes. Grün bleibt also weiter grün, so wie es bereits 2010 im Rahmen einer Perspektivenwerkstatt als zentraler Grundsatz festgelegt wurde. Mit anderen Worten: Die Grünflächen bleiben erhalten!

Enden möchte ich mit einem Zitat von Johannes Rau: „Die Zukunft ist offen. Sie ist kein unentrinnbares Schicksal und kein Vermächtnis. Sie kommt nicht einfach über uns. Wir können sie gestalten mit dem, was wir tun und mit dem, was wir nicht tun“.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

SPD - RATSFRAKTION - NIEDERKRÜCHTEN

Datum: 07.02.2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Dame und Herren des Rats der Gemeinde Niederkrüchten,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger

im Dezember letzten Jahres wurde der Haushalte Entwurf für das Haushaltsjahr 2023 zur Beratung vorgelegt.

Am heutigen Tag (07.02.2022) steht die Beschlussfassung auf der Tagesordnung.

Allgemeine Situation

Wir befinden uns global in einer sehr schwierigen Phase.

Die Pandemie ebbt inzwischen ab. Das ist erfreulich.

Aber der Ukrainekrieg beherrscht die Weltbühne und betrifft uns im hohen Maße. Kriege sind maximale humanitäre und soziale Katastrophen.

Unweit von hier kommen Menschen zu Tode. Viele Menschen sind auf der Flucht. Die Versorgung der Welt mit Nahrungsmittel steht auf wackeligen Boden.

Internationale Zusammenarbeit, im Besonderen in der so bedeutenden Klimafrage ist gefährdet.

Hinzu kommt aktuell die Erbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien.

Auch wir sind unmittelbar betroffen:

- Schutzsuchende Menschen kommen zu uns.
- Die Energiesicherheit ist eine gewaltige Herausforderung.
- Wir haben mit der Inflation zu kämpfen.
- Viele Kosten sind beachtlich gestiegen.

Die Zukunft ist immer Ungewiss, aber vor diesem Kontext besonders.

Was kennzeichnet den aktuell vorliegenden Haushalt?

Die Haushaltssatzung weist Aufwendungen von 41.371.721 € aus. Dem stehen Erträge von 38.790.407€ entgegen, was zu einem Defizit von 2.581.314 € führt.

Durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage kann der Haushaltsausgleich erreicht werden.

Auffällig ist das große Defizit bei den laufenden Verwaltungstätigkeiten.

Der Trend setzt sich, so die Prognose, in den nächsten Jahren fort. In dem Zusammenhang fällt die Transferleistung an den Kreis mit einer Steigerung von nahezu 10% auf **13,8 Mio.€** (13.834.250€) besonders ins Gewicht. Insgesamt ist hier eine verstärkte Analyse erforderlich, um mögliche Gegenmaßnahmen zu eruieren.

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, das sich die bisherigen Kosten der Corona-Pandemie und des Ukrainekonflikts auf **5,2 Mio.€** (5.220.198€) aufaddiert haben. Der Betrag steht 2025 zur Abschreibung an und reduziert entsprechend das Eigenkapital.

Auch in diesem Jahr sind wieder beachtliche Investitionen vorgesehen. Es ergibt sich eine Gesamtsummen von **14,3 Mio.€** (14.369.640 €).

Manche Position ist aus dem letzten Jahr, zum Teil angepasst, in das aktuelle Jahr 2023 gerutscht.

Große Posten sind

- der Grundstückserwerb im Rahmen des Baulandmanagements,
- die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen,
- die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge,
- die Erweiterung und energetische Sanierung der Kita Oberkrüchten
- und die Mittel für die Investitionen Bäder.

Ebenfalls ein großer Posten sind Maßnahmen im Bereich Tiefbau.

Vom Kanalbau über Straßensanierung hin bis zum Vollausbau von Straßen (Rathausstraße u. Gartenstraße). Dazu kommt noch die Fertigstellung von Erschließungen im Heineland.

All diese Maßnahmen führen zu einem Abschmelzen der liquiden Mittel um 11,3 Mio.€ (11.293.674€), so das zum Jahresende noch der Bestand 400 T€ (400.326 €) beträgt. Ergänzend ist noch eine Kreditaufnahme von 2Mio.€ (2.000.000 €) vorgesehen.

Die im Haushalt enthaltenen Investitionen sind notwendig und sinnvoll. In der Liste der Investition sind aber auch einige Posten enthalten die ggf. nicht zur Anwendung kommen.

Nochmal ein kurzer Blick auf die Liquidität:

in unserem Fall bedeutet ein hoher Bestand an liquide Mittel einen Stau bei der Umsetzung von Maßnahmen. Geringe Liquidität erfordert eine starke Steuerung von Maßnahmen um zahlungsfähig zu bleiben. Letzteres gilt verstärkt für die kommenden Jahre.

Wie Anfangs bereits erwähnt gibt es eine große Differenz zwischen Ertrag und Aufwand.

Die Aufgabe muss es sein, vor allem die Ertragsseite zu stärken.

Niederkrüchten ist bisher eine strukturschwache Gemeinde. Der Vergleich des Gewerbesteueraufkommens zu den Nachbarkommunen macht das deutlich.

Bezogen auf die Einwohnerzahl haben Brügggen und Schwalmtal im Jahr 2021 eine ca. 50% höhere Gewerbesteuereinnahmen.

Durch das neue Gewerbegebiet auf 150ha der auch in Vergangenheit intensiv genutzten Flächen des ehemaligen Flugplatzgeländes gehen wir einen entscheidenden Schritt zur Verbesserung unserer Struktur und damit auch zur Stabilisierung des Kommunalhaushaltes.

Es wird ein Gewerbegebiet entstehen, das den heutigen umfassenden Anforderungen entspricht. Maßnahmen zum Schutz des Menschen, zum Schutz der Umwelt, zum Schutz von Flora und Fauna und zur Energieeffizienz werden realisiert.

Das gilt auch für die sich ansiedelnden Unternehmen.

Natürlich bedeutet die Einrichtung des Gewerbegebietes Veränderungen.

Wir von der SPD werden uns darum kümmern, dass es nicht zu gravierenden Nachteilen und unzulässigen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger kommt. Dahingehend werden wir den Planungs- und Gestaltungsprozesse beobachtet und mitgestalten.

Der Benefit für die Gemeinde werden steigende Einnahmen durch Gewerbesteuer und Anteilen an Einkommen- und Umsatzsteuer sein.

Auch Gewerbetreibende und Arbeitnehmer werden profitieren.

Zur Bäderfrage:

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich per Bürgerentscheid für den Erhalt des Freibades ausgesprochen. Das ist zu akzeptieren und es ist entsprechen zu verfahren.

Für den Haushalt der Gemeinde ist und bleibt das eine Herausforderung. Umso mehr haben wir uns über die Botschaft unseres Bundestagsabgeordneten Udo Schiefner im letzten Dezember gefreut, der da berichtet:

" Im Haushaltsausschuss des Bundestages wurde die Förderung der Sanierung des Freibades mit 2,86 Millionen Euro beschlossen."

Die Förderung wird das jährliche Defizit auf ca.380T€ reduzieren, so die Kalkulation der Verwaltung.

Weiter gibt es den Mehrheitsbeschluss zur Errichtung eines „Interkommunalen Bades“ gemeinsam mit der Nachbargemeinde Brügglen.

Ziel ist ein umfassendes ganzjähriges Schwimmbadangebot für Schüler, Vereine und Bürgerinnen und Bürger anzubieten.

Klar ist, ein gutes, bedarfsorientiertes und zweckmäßiges Angebot ist nur gemeinsam mit Partnern darstellbar.

Es müssen endlich mal konkrete Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen werde. Ziel und Umfang, Organisation, Zeitpläne und Finanzierungen müssen konkretisiert und fixiert werden. Vor dem Hintergrund der schwierigen Randbedingungen muss endlich mal ein sehr stringentes Projektmanagement aufgesetzt werden.

Bewertung und Beschluss der SPD-Fraktion

Wir von der SPD-Fraktion werden dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Dies tun wir aber nicht so entspannt, wie dies in Vergangenheit der Fall war.

Was die prognostizierte Haushaltsentwicklung angeht ist der Blick in die Zukunft nicht rosig.

Der Prognose zur Entwicklung des Eigenkapital sieht eine Reduzierung um 16 Mio.€ in den nächsten 4Jahren vor. Darin eingerechnet sind die momentan bekannten Bilanzierungshilfen zu „Covid-19“ und dem Ukraine Konflikt.

Wir werden, so die Prognose, in den nächsten Jahren mit negativen Jahresergebnissen rechnen müssen.

Umso mehr sind wir alle aufgefordert, die Einnahmeseite zu stärken und den Aufwand möglichst in Grenzen zu halten

Wir werden unseren Beitrag leisten, den Haushalt und die Gemeinde stabil zu halten.

In Vergangenheit wurden wir regelmäßig von der Verwaltung über die Stand der Haushaltsentwicklung unterrichtet.

Aus unserer Sicht, aus Sicht der SPD-Fraktion, ist das bei den sich abzeichnenden Haushaltsentwicklungen nicht mehr ausreichend.

Daher schlagen wir eine Beratungsgruppe speziell zum Haushalt vor.

Unserer Vorstellung nach sollte der Ältestenrat einen Vorschlag zur Bildung der Beratungsgruppe an den Rat erarbeiten (dazu ein Antrag).

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde

- in den Kitas,
- auf dem Bauhof,
- im Klärwerk,
- hier im Rathaus
- oder auch wo sie sonst tätig sind,

für ihre geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Unser Dank gilt hier im Besondern den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzmanagements für die Erstellung des Haushaltes.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Zu Beginn möchten wir, von der NWG Fraktion, uns sehr gerne bei den Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere denen des Finanzmanagements, für die Erstellung des Haushaltes und für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Dass die Welt momentan, sowie auch in den vergangenen Jahren verrücktspielt, bedarf schon fast keiner Erwähnung mehr. Angefangen von einer massiven Fluchtbewegung nach Europa, über Corona, bis hin zum aktuellen Krieg in der Ukraine, mit den u. a. daraus resultierenden Folgen einer immens hohen Inflation.

Alle Aspekte, welche die Gemeinde Niederkrüchten im ersten Stepp als kleine Gemeinde nicht selber beeinflussen oder gar verantworten kann, jedoch ebenfalls alle Aspekte, welche die Gemeinde Niederkrüchten nicht desto trotz ebenso hart treffen.

Auch wenn ein fiktiv ausgeglichener Haushalt, welchen wir dieses Jahr nicht zum ersten Mal beschließen dürfen, in der Finanzwelt zumindest ausreicht, zeigt aber bereits die Wortwahl was eigentlich dahinter versteckt

Die Gemeinde hat zu wenig Geld!

Dies ist nicht erst seit gestern so. Perspektivisch sieht es in den kommenden Jahren ebenfalls nicht viel besser aus.... ganz im Gegenteil-

In der freien Wirtschaft hätte der Finanzchef schon längst die Handbremse gezogen und Maßnahmen getroffen, um eine Insolvenz zu vermeiden.

Das erste was wir dabei betrachten wollen, sind die Aufgaben. Lassen Sie uns doch einmal kurz darüber schauen, wie unsere Kostenstruktur aussieht

Für das Haushaltsjahr 2023 sind Ausgaben in Höhe von 10.6 Millionen Euro vorgesehen. Ca. 26% fallen für die Mitarbeiter und für die Beamten und Angestellten der Gemeinde an. Das sind rund 400.000 € mehr als in 2022, obwohl wir nicht mehr die Mitarbeiter der Schwimmanlagen berücksichtigen müssen.

Und nun verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Wir benötigen sicherlich jede einzelne Person dafür, um die umfangreichen Aufgaben der Verwaltung zu bewältigen!

Daher sollten wir in der Zukunft sowohl neue Wege denken als auch gehen und die vorhandenen Aufgaben der Gemeinde in wesentlich größerem Stil interkommunal zu betrachten und vor allem auch zu digitalisieren!

Interkommunale Zusammenarbeit und damit das Teilen von Aufgaben hinsichtlich des personellen Aufwandes und auch der Digitalisierung der Verwaltung schafft Kapazitäten im vorhandenen Personalstamm und führt zu einer Vereinfachung für unsere Mitbürger. Dabei geht es im Großen und Ganzen nicht darum, wie das Wort Digitalisierung so oft falsch verstanden wird, neue Rechner

anzuschaffen, sondern vielmehr um die Digitalisierung von Prozessen, das Vereinfachen von Formularen und Anträgen sowie den Bürger selbst in die Lage zu versetzen digital seine Anliegen zu erledigen.

Wenn wir uns diese Vorgehensweise auf die Fahne schreiben, sollte es am Ende der Entwicklung möglich sein, die aktuellen Kosten für das Personal auf dem aktuellen Niveau zu halten. Zumindest sind wir von der NWG davon überzeugt.

Beim Thema Kosten fallen ein paar unbeliebte Punkte auf, die sonst ungern angesprochen werden, da diese einfach Mitbürger verärgern, welche selber in ihrer Komfortzone nicht über den Tellerrand schauen wollen.

Wir leisten uns in unserer kleinen Gemeinde 3, wenn man es genau nehmen möchte, in Zukunft sogar wieder 4 Sportstätten.

Wir finanzieren mit nicht grade geringen Mitteln die Sportstätte in Niederkrüchten sowie in Elmpt. Die Bemühungen diese Vereine zu vereinheitlichen sind in der Vergangenheit u. a. durch persönliche Befindlichkeiten der jeweiligen Vereine verhindert worden. Dafür kann die Gemeinde Niederkrüchten nichts. Allerdings muss die Gemeinde dies in Zukunft nicht weiter fördern, in dem beide Sportstätten einen Zuschuss zum Betrieb derselben erhalten. In Elmpt steht, wenn wir ehrlich sind, sowieso bald der Abriss des Hallenbades an. Eventuell sollte man in dem Zusammenhang auch das weitere Bestehen der Sportanlagen in dieser Form in Elmpt überdenken.

Eine vierte, ich nenne sie mal Sportstätte, werden wir uns durch den Bürgerwillen in naher Zukunft wieder leisten müssen.

Es ist kein Geheimnis das dies nicht die von der NWG favorisierte Entscheidung war, jedoch war dies, und das möchten wir hier erneut betonen, nie eine Entscheidung gegen Niederkrüchten und deren Mitbürger. Dies spiegelt sich auch in unserer Meinung zu den Sportstätten wieder, sondern viel mehr eine Entscheidung der wirtschaftlichen Vernunft und Synergiemöglichkeiten für die beiden Gemeinden Brüggen und Niederkrüchten.

Nichts desto trotz zählt der Bürgerwille und wir müssen diesen auch respektieren. Wir sollten uns nur fragen, auf welcher Zeitschiene die Umsetzung beider geplanten Bäder gesetzt werden kann. Der Ratsbeschluss zur Planung eines Interkommunalen Bades war zuerst da und sollte deswegen zumindest auch zuerst behandelt werden. Die NWG steht nach wie vor zu den im Vorfeld des Bürgerentscheides getroffenen Aussagen. Im Übrigen wäre es ein Wortbruch gegenüber unserer direkten Nachbargemeinde. Bei der Abstimmung für das Freibad gab es kein Feld zum Ankreuzen gegen das Interkommunale Bad. Ebenfalls waren im Haushalt 2022 auch noch 6,2 Millionen Euro dafür eingeplant. (Seite 214 Haushalt 2022) Diese sollten daher auch explizit dafür genutzt werden. Da muss man sich bei den aktuellen Planungen doch fragen, was ein Ratsbeschluss noch wert ist?

Auch finden wir es sehr bemerkenswert, dass im Haushalt für 2023 lediglich 175.000 € für das Jugendtreff vorgesehen sind, was einer äußerst knappen Kalkulation entspricht. Dies lässt implizieren das es wohl nicht angedacht ist das Jugendtreff in 2023 wieder zu eröffnen. Warum die Schäden aufgekommen sind und wer dafür die Verantwortung trägt, steht hierbei nochmal auf einmal anderen Blatt. Fakt ist der Bürger wird erneut zur Kasse gebeten.

Ein letztes Beispiel möchten wir noch erwähnen. Hierbei handelt es sich um die Treppenanlage in Oberkrüchten. Die Reparatur steht außer Frage. Jedoch könnte man sehr leicht den Eindruck

gewinnen, dass bei einem Preis von rund 35.000 € eine erhebliche Verteuerung zu Stande kam, obwohl der Bauhof die Arbeiten ausgeführt hat.

Ein positiver Faktor sind die zu erwerbenden Grundstücke im Rahmen des Baulandmanagements für die Weiterentwicklung der Gemeinde und auch die Flächen für das kleinteilige Gewerbe auf dem ehemaligen Flughafengelände.

Meine sehr verehrten Ratskollegen, wir haben in den nächsten Jahren noch viele schwerwiegende Entscheidungen für die Gemeinde vor der Brust und im Grunde haben wir alle eine gemeinsame Idee davon was unserem Heimatort gut tut und was nicht. Nur von dem Weg dahin haben wir unterschiedliche Vorstellungen. Lassen Sie uns schauen das wir dies möglichst gemeinsam gestalten und die Zeit nicht mit kleinteiligen Streitereien vergeuden, die bekanntlich nie zu etwas führen. Die einvernehmliche Neubesetzung der Ausschüsse ist dabei aus unserer Sicht ein erster Schritt in die richtige Richtung, damit ohne persönliche Befindlichkeiten gemeinsam die Zukunft der Gemeinde Niederkrüchten gestaltet werden kann.

Die NWG Fraktion wird unter anderem aus den oben genannten Erläuterungen dem Haushalt sicherlich nicht verhindern, jedoch aber auch keineswegs zustimmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede 2023 FDP Fraktion in der Ratssitzung vom 07.02.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleg;innen des Rates und der Verwaltung,
Sehr geehrte Gäste,

Eröffnen möchte ich meine Ausführungen gerne mit einem herzlichen Dank an unsere Kämmerin Frau Schrievers und Ihrem Team, für die Ausarbeitung des vorliegenden Haushalts 2023 sowie für die Unterstützung bei den Haushaltsberatungen mit unserer Fraktion. und an die gesamte Verwaltung für die sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit im letzten Jahr.

Ein weiteres Krisenjahr hat uns getroffen. Zu den uns weiterhin begleitenden negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie brechen nun auch die Auswirkungen des brutalen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine auf uns herein. Dessen Tragweite sich zu jetzigem Zeitpunkt weder überblicken noch deren Länge abschätzen lässt.

Weitere geopolitische Probleme, welche von hier zwar nicht zu beeinflussen sind, müssen dennoch durch uns bewältigt werden. Hier sei in erster Linie die Situation der Geflüchteten genannt. Sicherlich müssen und werden wir diese Herausforderungen stemmen, wie wir es bisher immer geschafft haben, allerdings nicht, wie man allein den nackten Zahlen entnehmen kann, ohne erhebliche Mühen und ohne Federn lassen zu müssen. Auch hier möchte ich der Verwaltung unseren Dank aussprechen, die im Fall der Geflüchteten wie auch in der Bewältigung der sich angedrohten Gasmangellage einen ausgesprochen guten Job gemacht hat.

Erlauben Sie mir, auch kurz auf ein ganz aktuelles Ereignis einzugehen, das verheerende Erdbeben in der Türkei und Syrien, das Tausenden das Leben kostete. Auch dies wird uns humanitär beschäftigen müssen.

Einige Probleme sind jedoch auch hausgemacht, bzw. uns durch den Bürger auferlegt worden. Die Entscheidung der Bürgerschaft zur Sanierung des Freibads respektieren wir natürlich, halten sie aber weiterhin für unwirtschaftlich. Zwar wird nun dem Wunsch nach einem reinen Sommervergnügen entsprochen, viele Fragen aber immer noch nicht geklärt. So liegt die Frage des Betriebs durch einen möglichen Bürgerverein, falls es diesen obwohl versprochen, überhaupt geben wird, noch im Dunklen. Die Problematik des Vereins-Reha-, Schul- und Kleinkinderschwimmens wird mit einem Freibad nur teilweise, bzw. gar nicht gelöst. Der Druck erhöht sich durch die nun wohl endgültige Schließung des Elmpter Hallenbades. Aus unserer Sicht ist das Interkommunale Hallenbad mit Brüggen absolut alternativlos. Vor den negativen finanziellen Auswirkungen durch die zusätzliche Sanierung des Freibades haben wir vor und im Zuge des Bürgerentscheids immer gewarnt. Wenigstens können durch die Zusage von Fördermitteln für diese Sanierung ein Teil dieser negativen Auswirkungen aufgefangen werden. Eine Beantragung von Fördermitteln für das interkommunale Bad sollte jetzt schnellstens erfolgen. Die neu eingerichtete Stelle einer Fördermittelmanagerin kommt hier genau richtig und kann damit Ihre Notwendigkeit hoffentlich erneut erfolgreich unter Beweis stellen.

Aus unserer Sicht positiv zu bewerten ist das Voranschreiten des zukünftigen Gewerbe- und Energieparks in Elmpt. Im Hinblick auf erneuerbare Energien sehen wir einen gewaltigen Schritt in Richtung Klimaschutz und Nachhaltigkeit, aber auch Vorteile sowohl für unsere Gemeinde wie auch durch Bürgerbeteiligungen für die Bürger:innen selbst.. Ein Zusammenspiel von Stromerzeugung und einer Umwandlung in grünen Wasserstoff, bzw. die Nutzung von „Power to Heat“ Technologien halten wir hier für notwendig und den richtigen Schritt, um Energiekrisen entgegenzustehen.

Die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in Industrie und Gewerbe ist essenziell für die Entwicklung unserer Gemeinde. Diese wird nicht ohne spürbare Folgen an uns vorübergehen hier ist es unser Anliegen vernünftige Lösungen zum Thema Verkehrsinfrastruktur und Ansiedlung zu finden. Unser im letzten Jahr erstelltes Mobilitätskonzept muss dahingehend fortgeschrieben und angepasst werden. Eine Ausrichtung auf Neuansiedlung muss in der Gesamtgemeinde, wo es möglich ist, gegeben sein.

Womit wir nahtlos in das nächste Thema übergehen, nämlich das Baulandmanagement, unser sogenannter „Masterplan Wohnen“. Hier kommen erhebliche Kreditaufnahmen auf uns zu, welche auf Grund des bereits bekannten Wohnraummangels, der zukünftigen Entwicklung und des sozialen Wohnungsbaus bzw. der Situation von Geflüchteten absolut notwendig sind. Die jeweiligen Einzelmaßnahmen müssen natürlich passend sein und im zuständigen Fachausschuss beraten werden.

Mit mehr Wohnraum und mehr Einwohnern gehen natürlich auch Veränderungen in der Sicherheitsinfrastruktur einher. Unserem Feuerwehrbedarfsplan nach, stehen Ersatz- bzw. Neuanschaffungen an. Zusätzlich kommen überregionale Fahrzeuge zum Katastrophenschutz hinzu.

Diese Entwicklung, wie auch die Änderungen in den Baugrößen der Neufahrzeuge oder Anforderungen in die Arbeitssicherheit, erfordern auf kurz oder lang auch größere bzw. neue Gerätehäuser. Planungs- und Baukosten für Aus- bzw. Neubau stecken ebenso im aktuellen Haushalt, wie auch in der Finanzplanung für die Folgejahre. Auch dieser Entwicklung ist mit dem nötigen Augenmaß Rechnung zu tragen.

Alles in Allem sehen die Aussichten für die nächsten Jahre nicht sehr rosig aus. Ein Abschmelzen des Eigenkapitals von ca. 75,37 Mio. 2009 auf 54,55 Mio. geplant 2026 ist mehr als schmerzhaft. Ebenso das Aufzehren unserer Ausgleichsrücklage. Mittel- bis langfristig hoffen wir aber mit einem gesunden Mix aus Investitionen in Wohn- und Gewerberaum, sowie ein attraktives Angebot, welches auch Zuzug interessant macht, unsere Gemeinde auch auf der Einnahmenseite zukunftssicher auszubauen.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich auf die interkommunale Zusammenarbeit hinweisen, da viele Probleme für den gesamten Westkreis gleich sind und gemeinsam besser, schneller und einfacher zu lösen sind als allein.

Aus diesem Grund empfehlen wir wo immer es möglich ist diese Synergien zu nutzen und den interkommunalen Gedanken zu pflegen, auch wenn einigen der eigene Kirchturm wichtiger ist als der Blick über den Tellerrand.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Haushalt 2022

Bericht zum Haushalt

07.02.2023 Rat

Gemeinde Niederkrüchten
Laurentiusstraße 19
41372 Niederkrüchten

Telefon: 02163 980-0
Telefax: 02163 980-111
www.niederkruechten.de

Bericht im Zusammenhang mit den schutzsuchenden Personen aus der Ukraine

- Ende April 2022 ist die „Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchendenaufnahme)“ in Kraft getreten.
- Hierin sind insbesondere notwendige Erleichterungen für den Haushaltsvollzug im Haushaltsjahr 2022 im Zusammenhang mit den vor dem Krieg geflüchteten Ukrainern geregelt.
- Des weiteren sieht § 6 der o. a. Verordnung vor, dass die Kämmerin/der Kämmerer dem Rat zum Ende eines jeden Quartals, erstmals zum Stichtag 30.06.2022, über Erträge und Aufwendungen sowie über Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden berichtet.

Bei der Ermittlung dieser „Momentaufnahme“ ist jedoch zu beachten, dass sowohl das Land als auch das Jobcenter sowie auch die Gemeinde aufgrund des enormen Arbeitsanfalls z. T. noch keine aktuellen Zahlen vorliegen haben! Es sind sowohl Korrekturen bei den **Landesmitteln** als auch Rück- bzw. Nachzahlungen seitens des **Jobcenters** und **Gemeinde** absehbar, sodass dieser Saldo **keine abschließende realitätsnahe Betrachtung** darstellt!

	31.12.2022
Erträge	235.628,56 €
Aufwendungen ohne Anrechnung eigener Personalaufwendungen	-296.364,45 €
Saldo:	-60.735,89 €
Einzahlungen	235.628,56 €
Auszahlungen	491.820,78 €
Saldo:	256.192,22 €

Vorläufige Prognose Gesamtergebnisrechnung 2022

	Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2022	vorauss. Ergebnis 2022	Differenz
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	16.869.480,00	17.118.504,18	249.024,18
2 +	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.328.139,00	9.506.778,96	178.639,96
3 +	Sonstige Transfererträge	2.000	270	-1730
4 +	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6.102.263,00	6.088.450,98	-13.812,02
5 +	Privatrechtliche Leistungsentgelte	670.555,00	891.974,92	221.419,92
6 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.027.210,00	1.361.984,37	334.774,37
7 +	Sonstige ordentliche Erträge	1.430.344,00	1.304.238,26	-126.105,74
8 +	Aktiviert Eigenleistungen	0	0	0
10 =	Ordentliche Erträge	35.429.991,00	36.272.201,67	842.210,67
11 -	Personalaufwendungen	-10.094.390,00	-9.320.737,91	-773.652,09
12 -	Versorgungsaufwendungen	-644.000,00	-687.658,75	43.658,75
13 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-7.371.668,00	-7.131.456,88	-240.211,12
14 -	Bilanzielle Abschreibungen	-3.230.498,00	-3.230.497,51	-0,49
15 -	Transferaufwendungen	-14.925.250,00	-14.959.976,62	34.726,62
16 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.828.488,00	-1.883.727,05	55.239,05
17 =	Ordentliche Aufwendungen	-38.094.294,00	-37.214.054,72	-880.239,28
18 =	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-2.664.303,00	-941.853,05	1.722.449,95
19 +	Finanzerträge	453.500,00	457.142,00	3.642,00
20 -	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-87.280,00	-111.077,00	-23.797,00
21 =	Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	366.220,00	346.064,76	-20.155,24
22 =	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-2.298.083,00	-595.788,29	-58.183,85
23 +	Außerordentliche Erträge	1.150.159,00	600.000,00	-550.159,00
25 =	Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	1.150.159,00	600.000,00	-550.159,00
26 =	Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-1.147.924,00	4.211,71	1.152.135,71
28 =	Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 26 und 27)	-1.147.924,00	4.211,71	1.152.135,71

Einzelbetrachtung 2022 - Analyse (nur Abweichungen über **100 T€**)

Erträge und Aufwendungen	vorauss.		
	Plan 2022	Ergebnis 2022	Differenz
* 40130000 Gewerbesteuer	-5.200.000,00	-5.014.645,69	185.354,31
* 41410000 Zuw.lfd.Zw. Land	-660.000,00	-388.250,34	271.749,66
* 44870000 Ertr. Kostener. priv	-407.810,00	-71.759,28	336.050,72
* 53390100 Hilfe z. Lebensunterhalt (§2 AsylBLG)	110.000,00	400.637,22	290.637,22
* 54220000 Mieten und Pachten	148.590,00	259.108,66	110.518,66
* 49110100 Außerordentliche Erträge Corona	-1.150.159,00	-600.000	550.159,00
* 40210000 Gemeindeanteil an der Einkommenst.	-7.798.000,00	-8.176.592,78	-378.592,78
* 41110000 Schlüsselzuweisungen vom Land	-3.698.000,00	-3.842.840,48	-144.840,48
* 41400000 Zuw.lfd.Zw. Bund	-30.000,00	-210.534,12	-180.534,12
* 44210000 Erträge aus Verkauf	-112.300,00	-290.270,95	-177.970,95
* 44810000 Ertr. Kostener. Land	-443.900,00	-945.136,03	-501.236,03
* 44910000 Leist-beteil. Grundsicherung		-145.903,69	-145.903,69
* 50120000 Vergütungen tariflich Beschäftigte	6.431.470,00	5.895.883,35	-535.586,65
* 53390050 Barbetrag nach § 3 AsylBLG i. v. E.	255.000,00	101.180,68	-153.819,32
* 53750000 Kreisumlage, Mehrbelastung Jugendamt	5.471.420,00	5.358.367,00	-113.053,00

Finanz-Haushalt 2022

■ Investive Einzahlungen		3,1 Mio. €
davon: Zuweisungen	2,7 Mio. €	
■ Kreditaufnahme		4,5 Mio. €
■ Investive Auszahlungen		6,7 Mio. €
davon: Grunderwerb	1,8 Mio. €	
Verm.-Gegen.	1,3 Mio. €	
Tiefbau	2,9 Mio. €	
Hochbau	0,2 Mio. €	
Finanzanlagen	0,4 Mio. €	
zuzügl. Kredittilgung	0,3 Mio. €	

Zusammenfassung

- Prognose für 2022: gepl. Defizit von 1,15 Mio. € wird sich voraussichtlich auf eine **schwarze 0** reduzieren – einschl. rd. 600 T€ COVID-19-Isolierung
- **Barmittelbestand** z. Zt. 12,6 Mio. €
- Hierin enthalten jedoch **4,5 Mio. € Kreditaufnahme!**

- **Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**